

Positionspapier der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe Preetz zu Abschiebung, Anker-Zentren und öffentlichem Diskurs über Flucht, Geflüchtete und Flüchtlingshilfe

Seit 2015 hat sich im Diskurs um Flucht und Geflüchtete sowie die Unterstützenden von Geflüchteten eine Atmosphäre des Misstrauens und der Ablehnung in unserer Gesellschaft etabliert, die eine objektive Betrachtung der Situation immer weiter erschwert. Wir, die Ehrenamtlichen der Preetzer Flüchtlingshilfe, haben mit Erschrecken die Umwertung von Begriffen wahrgenommen. Wenn der Begriff „Gutmensch“ mittlerweile eine negative Bedeutung hat oder Geflüchteten pauschal kriminelle Motive unterstellt werden, so muss man fragen, wo die Werte der Aufklärung, insbesondere die Mitmenschlichkeit geblieben sind, auf die sich etliche Menschen berufen, besonders in der Politik.

Deswegen fordern wir insbesondere die Politik, aber auch jeden anderen Menschen auf, dieser nicht-humanistischen Betrachtung explizit etwas entgegen zu setzen. Wir fordern, dass pauschale Unterstellungen, populistische Verengung auf Straftäter mit Migrationshintergrund und die Verleumdung von Geflüchteten und ihren Helfer*innen nicht nur unterbleiben, sondern diesen vehement öffentlich entgegen getreten wird.

Wir stellen fest, dass dieses Land „es“ nicht geschafft hätte, wenn es die ehrenamtliche Hilfsbereitschaft nicht gegeben hätte, in vielen Fällen ein Engagement über Jahre. Wir geben diese Hilfe gern und selbstverständlich, weil sie richtig und gut ist. Damit zeigen aber gerade wir, für welche Werte diese Gesellschaft steht.

Wenn Menschen sich auf den Weg gemacht haben, Heimatland, Heimatort und Familie zu verlassen, so ist dies für diese Menschen ein elementarer Einschnitt in ihr Leben, den sie nicht leichtfertig auf sich nehmen. Auf der Flucht haben sie möglicherweise traumatische Erlebnisse gehabt, erschütternde Bilder gesehen und das Leben riskiert. Kein Mensch macht dies einfach so.

Deswegen setzen wir mit unserem Aufruf der Atmosphäre des Misstrauens gegen Geflüchtete das Vertrauen in Geflüchtete entgegen: Wir nehmen ihre Fluchtgründe ernst und unterstellen, dass sie keine leichtfertige Flucht angetreten haben. Wir akzeptieren, dass nicht nur die Angst vor Verfolgung und Krieg ein legitimer Fluchtgrund sein kann, sondern auch Hunger und Elend.

Gerade wir in Deutschland tragen eine große Mitverantwortung für die Perspektivlosigkeit in manchen Regionen der Welt: Wir lassen die EU die Meere vor Afrika leer fischen und tolerieren die Verseuchung von ganzen Regionen für die Erdölförderung. Wir machen aus politischen und wirtschaftlichen Gründen gemeinsame Sache mit Diktaturen und Unrechtsregimen. Wir exportieren Waffen und befördern so militärische Konflikte, statt mit Diplomatie und Toleranz Frieden zu schaffen. Wir zerstören aus eigenen wirtschaftlichen Interessen lokale wirtschaftliche Strukturen und überlassen die Wirtschaft der Fluchtländer den multinationalen Konzernen. Deswegen gibt es für uns, die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe Preetz, kein

sicheres Herkunftsland, denn die Fluchtursachen sind nicht beseitigt. Die Rückkehr von Geflüchteten erscheint uns aber erst dann sicher, wenn diese Fluchtursachen behoben sind.

Deswegen fordern wir: keine Abschiebung in unsichere Herkunftsländer. Deswegen fordern wir: keine Staaten zu sogenannten sicheren Herkunftsländern zu erklären.

Dies sorgt lediglich dafür, dass das Asylverfahren pauschalisiert wird, wo individuelle Betrachtung nach unserem Grundgesetz gefordert ist. Dies sorgt dafür, dass geflüchtete Menschen unser Rechtssystem in Anspruch nehmen müssen, um die Gewährung von Asyl oder Bleiberecht zu erreichen. Wir betonen, dass dies nach unserem Grundgesetz ein Recht ist, auf das jeder Mensch in Deutschland einen Anspruch hat. Insofern sorgen nicht die Asylbewerber*innen für die Belastung des Rechtssystems, sondern eine Politik, die Menschen dazu zwingt, das Rechtssystem in Anspruch zu nehmen.

Ebenso gibt es aus unserer Sicht keine sicheren Drittstaaten. Wir haben in Deutschland aus guten Gründen einen bestimmten Standard für die Unterbringung und Behandlung von Geflüchteten, insbesondere was die Durchführung von Asylverfahren angeht. Dieser Standard ist entstanden aus einer humanistischen Weltsicht, die die Würde des Menschen als obersten Wert ansieht. In manchen EU-Staaten werden Geflüchtete aus politischen Gründen unter erbärmlichsten Bedingungen in Erwartung ihrer Asylverfahren kaserniert. Schikanen und Gewalt sind dort bewusst eingesetzte Mittel zur Abschreckung. Andere EU-Staaten sind schlicht überfordert, Geflüchtete unter menschenwürdigen Bedingungen unterzubringen und ihnen ein faires Verfahren zu garantieren.

Deswegen fordern wir: keine Überstellungen in Staaten, die unsere Standards für den Umgang mit geflüchteten Menschen nicht einhalten. Zudem stellen wir uns gegen die Aufweichung dieses humanen Standards durch die Errichtung sog. Anker-Zentren, die eine populistische Antwort auf populistische Forderungen sind.

Grundsätzlich lehnen wir insbesondere die Abschiebung von Menschen ab, die sich – auch mit unserer Hilfe – durch Erlernen unserer Sprache, Arbeit und ehrenamtliche Tätigkeiten in unsere Gesellschaft integriert haben oder deutlich zeigen, dass sie dazu willens sind. Diese Menschen haben die berechnete Hoffnung auf ein besseres Leben und sind bereit, unserer Gesellschaft für die Unterstützung, die sie erhalten haben, etwas zurückzugeben. Wir halten es für inhuman, diese Menschen erneut zu entwurzeln und ihnen einen weiteren Neuanfang unter weitaus widrigeren Bedingungen zuzumuten.

Deswegen fordern wir endlich ein Einwanderungsgesetz, das es geflüchteten Menschen, die die Voraussetzungen für eine gelungene Integration schaffen oder diese bereits geschafft haben, ermöglicht hierzubleiben, wenn sie es wünschen.

Wir, die Mitglieder der ehrenamtlichen Preetzer Flüchtlingshilfe sowie alle anderen Unterzeichnenden dieses Appells, fordern die Landesregierung von Schleswig-Holstein dazu auf, sich gegen Abschiebung insbesondere von gut integrierten Geflüchteten öffentlich zu wenden, die geplanten Anker-Zentren abzulehnen und auf Bundesebene dafür zu sorgen, dass diese Anker-Zentren nicht umgesetzt werden. Wir erwarten von der Politik auf allen Ebenen, insbesondere von der Landesregierung, dass sie sich öffentlich gegen Diffamierung von Geflüchteten und deren Unterstützer*innen stellt und populistischem Druck nicht nachgibt, sondern sich auf die höheren Werte unserer Gesellschaft besinnt. Diese Werte werden durch das Grundgesetz, ganz besonders durch die ersten Artikel des Grundgesetzes repräsentiert. Deswegen bitten wir, sich bei jeder Aussage zu diesem Thema und jeder politischen Entscheidung immer wieder daran zu erinnern, dass die ersten Sätze unseres Grundgesetzes lauten: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Preetz, im Juni 2018